



Auf ein Wort

Zum 1. Juli sind die Renten um magere 0,99 Prozent gestiegen. Weil aber die Inflation deutlich höher liegt als die Rentenanpassung, bleibt den Rentnerinnen und Rentnern im Ergebnis weniger als zuvor. Gleichzeitig haben die Renten seit 2011 sieben Prozent an Kaufkraft verloren. Gerade zu zynisch ist es, wenn die Bundesregierung die dramatische Entwicklung beim Rentenwert mit der schwachen Lohnentwicklung begründet: Durch die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel wurde das Prinzip der Lohnorientierung bereits vor zehn Jahren ausgehebelt. Statt endlich den Kampf gegen Altersarmut aufzunehmen, diskutiert die Bundesregierung lieber über voreilige Beitragssatzsenkungen. Um den weiteren Wertverlust der Rente zu stoppen, fordert DIE LINKE die Rückkehr zu einer lohnorientierten Rentenanpassung sowie eine bessere soziale Absicherung für niedrig- und prekär Beschäftigte durch einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn.

Euer

SCHWERPUNKT Der schwarz-gelbe Atomausstieg ist halbherzig und umkehrbar!



Der Bundestag hat mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP den Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 beschlossen.

DIE LINKE hatte gefordert den Ausstieg bis 2014 umzusetzen und im Grundgesetz zu verankern, damit künftige Bundesregierungen sich an den Ausstiegsbeschluss halten müssen und eine Rückkehr in die Atomkraft unmöglich wird. Diese Forderung der LINKEN haben die anderen Parteien ignoriert. Der nun beschlossene, halbherzige Ausstieg kann somit jederzeit im Deutschen Bundestag rückgängig gemacht werden. „So hält Schwarz-Gelb sich ein Hintertürchen beim Atomausstieg offen“, erklärt Klaus Ernst.

Auch eine Expertise des Deutschen Bundestages im Auftrag von Klaus Ernst

kommt zu dem Ergebnis, dass der beschlossene Ausstieg bis zum Jahr 2022 keineswegs unumkehrbar ist. Jeder neu gewählte Bundestag ist in der Lage den Ausstieg wieder rückgängig zu machen. Um das zu verhindern hatte Klaus Ernst gefordert, den Ausstieg im Grundgesetz zu verankern. „Die Verankerung eine Nutzungsverbots für die Atomkraft im Bundestag wäre eine gute Gelegenheit für einen ersten bundesweiten Volksentscheid. So eine Abstimmung hätte damit verknüpft werden müssen, dass die Regierung zu Maßnahmen gegen steigende Strompreise verpflichtet wird. Das wäre eine Volksabstimmung über eine sozial gerechte Energiewende.“

Das der Atomausstieg nur halbherzig umgesetzt wird

zeigt auch die Tatsache, dass das letzte AKW erst im Jahr 2022 vom Netz gehen wird, obwohl ein Ausstieg bereits 2014 möglich gewesen wäre. „Dieser Zeitpunkt liegt viel zu spät. Grafenrheinfeld und die anderen AKWs sind nicht sicher, vor allem bei einem Flugzeugabsturz. Den Bürgern kann man das Risiko der Kernenergie bis 2022 nicht aufbürden. Die Bundesregierung setzt die Profite der Konzerne über die Interessen der Bürger,“ so Ernst zu den Beschlüssen des Bundestages. ◀

SCHWERPUNKT
PROGRAMMDEBATTE

PARTEIPROGRAMM Friedlich

Am 11. Juli 2011 stellen Klaus Ernst und Gesine Löttsch, in Berlin den Entwurf für das neue Parteiprogramm vor. Der Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen Militarisierung und Krieg stellt einen Schwerpunkt der LINKEN dar.

Raus aus Afghanistan!

Die Bundeswehr darf sich nicht an Kriegen beteiligen. Unser Land muss Frieden schaffen, konsequent auf Abrüstung und Entwicklungshilfe setzen.
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Bereits in der Präambel heißt es deshalb: „DIE LINKE kämpft für Frieden und

Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen und ein Verbot von Rüstungsexporten. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben. DIE LINKE fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten, eine Stärkung der zivilen Entwicklungsunterstützung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt. Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems.“

Um die Partei der „demokratischen Erneuerung“ zu werden, müssen Eigentumsverhältnisse und Wirtschaftsdemokratie eine zentrale Rolle im Programm spielen.

PARTEIPROGRAMM Demokratisch



„Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokra-

tie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft. Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich die Interessen der Allgemeinheit gegen-

PARTEIPROGRAMM Sozial

„Wir sind 2005 entstanden und erfolgreich in den Bundestag eingezogen, nicht weil wir den Sozialismus wollten, sondern weil wir die einzigen waren, die den Sozialstaat konsequent und entschieden gegen Angriffe verteidigt haben.“ sagte der Parteivorsitzende Klaus Ernst auf dem Programmkonvent im November 2010 in Hannover.

Um Altersarmut zu verhindern und ein Leben in Würde im Alter zu sichern steht im Leit Antrag zum Parteiprogramm: „Wir wollen eine solidarische Erwerbstätigenversicherung als Alterssicherung, die zu einer gesetzlichen Rente deutlich über der Armutsgrenze führt und den erarbeiteten Lebensstandard weitgehend sichert. (...) sowie eine

solidarische Mindestrente im Rahmen der Erwerbstätigenversicherung, um Altersarmut zu verhindern. Die solidarische Mindestrente speist sich zum einen aus den eigenen beitragsbegründeten Rentenansprüchen und zum anderen aus Steuermitteln für diejenigen, deren Einkommen und Vermögen zu einem Leben unterhalb der Armutsgrenze führen würden.“

Stundenlöhne unter zehn Euro schaffen Altersarmut
Auf eine Frage von Klaus Ernst an das Ministerium für Arbeit und Soziales bestätigte das Ministerium, dass knapp 29 Entgeltpunkte nötig sind, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung von 684 Euro monatlich zu erhalten. „Um dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg zu erreichen, wäre rechnerisch ein Stundenlohn von rund zehn Euro erforderlich“, so das Ministerium. Bei dem gegenwärtigen Lohnniveau bekommt jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte im Alter nicht mehr als 684 Euro Rente und ist damit von Altersarmut bedroht. Deshalb bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung nach einem Stundenlohn von mindestens 10 Euro.

Kreisvorsitzendenkonferenz in Hannover
Vor 220 Kreisvorsitzenden formulierte Klaus Ernst Forderungen an DIE LINKE mit dem Ziel, Demokratisierungsprozesse in der Gesellschaft zu beschleunigen. Die wichtigste Botschaft an die Kreisvorsitzenden war die Forderung nach einer Konzentration der Partei auf die wichtigen Themen Gerechtigkeit, Mindestlohn und nach einer friedlichen Außenpolitik. Auch sollen auf allen Ebenen nicht mehr allein die Vorstände, sondern die Mitglieder über zentrale Fragen wie Programm oder Koalitionen entscheiden. Auch bei Personalfragen will Ernst künftig die Mitglieder direkt per Urwahl entscheiden lassen.

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist Teil der „Geburtsurkunde“ unserer Partei. Das neue Parteiprogramm muss Antworten auf die Fragen nach sozialer Sicherheit im demokratischen Sozialstaat geben: „Hierzu bedarf es der Stärkung des Sozialstaatsprinzips im Grundgesetz durch die Einführung sozialer Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, Bildung, Wohnen, soziokulturelle Existenzsicherung und gesundheitliche Versorgung.“



Klaus Ernst
alcrull

PARTEIPROGRAMM Partei der Arbeit

„DIE LINKE begreift sich entweder mit allen Konsequenzen als Partei der Arbeit beziehungsweise der arbeitenden Menschen, oder ihre Zukunft ist überschaubar.“ so Klaus Ernst in seiner Hamburger Rede vom April.

Das Engagement für die Interessen von Beschäf-

tigten, Erwerbslosen, Kindern und Jugendlichen in Ausbildung, Rentnerinnen und Rentnern oder allen, die auf Arbeit angewiesen sind, um sich und ihre Familie zu ernähren, spiegelt sich auch im Programmentwurf wider: „DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäftigung. Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Wir kämpfen dagegen, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit oder Minijobs ersetzt wird. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss gelten: Gleiches Entgelt

über engen Profitinteressen nicht durchsetzen. (...) Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden. In wichtigen Fragen, etwa wenn Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind, muss es Belegschaftsabstimmungen geben. Eigentumsverhältnisse sind mehr als nur Besitzverhältnisse. Allein die Änderung der Eigentumstitel ist unzureichend. Letztlich kommt es auf die Verfügung und auf die Zugänge zum gesellschaftlichen Reichtum an.“

Die Pendlerpauschale auf 45 Cent erhöhen
Klaus Ernst schlägt wegen der konstant hohen Treibstoffpreise neben einer Erhöhung der Pendlerpauschale auf 45 Cent für Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen die Einführung eines Pendlergelds vor. „Wer wenig oder keine Steuern zahlt, hat nichts von der Pendlerpauschale, weil er nichts absetzen kann“. Ernst schlägt vor, die Pendlerpauschale in ein Pendlergeld umzuwandeln. Dieser Betrag wird von der Steuerschuld statt wie bisher vom zu versteuernden Einkommen abgezogen. Damit erhält jeder und jede Steuerpflichtige unabhängig von der Höhe des Einkommens den gleichen Betrag je Kilometer erstattet. Erwerbstätige mit geringem Einkommen, bei denen das ihnen zustehende Pendlergeld die Steuerschuld übersteigt, erhalten den Differenzbetrag direkt ausbezahlt.

Schweinfurt: 13. Mahnwache seit Fukushima
Trotz Ferien und Dauerregen fanden sich am 20. Juni 2011 wieder zahlreiche Atomkraftgegnerinnen und -gegner auf dem Wichter-mann-Platz in Schweinfurt ein. Die Pläne den Atomausstieg bis 2022 hinauszuzögern, stoßen bei den AKW-Gegnern - die seit Jahren gegen das AKW Grafenrheinfeld mobilisieren - auf heftige Ablehnung. Selbst die Grünen-Vertreter vor Ort wettern: „Wir wollen keine Konsenssoße!“. Die Teilnehmenden der Mahnwache, darunter viele Linke, fordern einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft. Auch der Vertreter vom Bund Naturschutz, Erich Waldherr, fordert die sofortige Stilllegung des AKW Grafenrheinfeld.



Klaus Ernst vor Ort:

13. Juli, Dresden, Haus der Begegnung, 17 Uhr

Diskussion mit dem Parteivorsitzenden Klaus Ernst zum neuen Parteiprogramm ↘

16. Juli, Bottrop, Busbahnhof, 10 Uhr

Straßenfest in der Bottroper Innenstadt von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr rund um die Fußgängerzone am Busbahnhof. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, gegen 13.00 Uhr mit Klaus Ernst ins Gespräch zu kommen ↘

16. Juli, Gelsenkirchen, IG Metall Verwaltungsstelle, 11 Uhr

Im IG Metall Haus Gelsenkirchen findet eine Mindestlohn-Konferenz statt. Klaus Ernst spricht um 11.15 Uhr zum Thema: „Aktuelle Lage im Kampf für einen allgemeinen Mindestlohn und gegen prekäre Beschäftigung.“ ↘

18. Juli, Rödelmaier, Sportplatz Schulstraße, 18.00 Uhr Sommerfest

Sommerfest des Kreisverbandes Main-Rhön. DIE

LINKE und Klaus Ernst laden alle Bürgerinnen und Bürger herzlich zu der Veranstaltung ein. ↘

20. Juli, München, Gaststätte Gartenstadt (Naupliastr. 2), 18 Uhr

Diskussionsveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Klaus Ernst zum neuen Parteiprogramm. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen. ↘

23. Juli, Cottbus, 14 Uhr

Am 23. Juli kommt Klaus Ernst nach Cottbus, um gemeinsam mit der Linken Cottbus das Sommerfest zu feiern: Freizeitoase, Am Amtsteich. ↘

26. Juli, Stralsund, Veranstaltung

Am 26. Juli kommt Klaus Ernst im Rahmen seiner Sommertour nach Stralsund. Abends wird es voraussichtlich eine öffentliche Veranstaltung in Stralsund geben.

29. August, telefonische Sprechstunde

Für alle Interessierten, die nicht nach Berlin kommen können, bittet Klaus Ernst regelmäßige Telefonsprechstunden an. Die nächste findet am 29. August um 15.00 Uhr statt. Um Voranmeldung wird gebeten.



NEUES IM INTERNET:

Presse, Reden, Parlamentarisches

Rede: In seiner **Rede bei der LINKEN Kreisvorsitzendenkonferenz** in Hannover macht Klaus Ernst deutlich, mit welchen Maßnahmen sich DIE LINKE für die Zukunft fit machen kann.

In einem **Brief an Christina Haderthauer** fordern Klaus Ernst und Nicole Golhke die Bayerische Staatsregierung auf, auch in Bayern Beratungsstellen für entsendete Arbeitnehmer/innen einzurichten.

Anfrage: Die Bundesregierung bestätigt Klaus Ernst, dass ein **Stundenlohn von zehn Euro notwendig** ist, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung von 684 Euro monatlich zu erhalten.

Bericht, Bilder: **Kreisvorsitzendenberatung der LINKEN in Rostock.**

Position DIE LINKE: **Kommunale Daseinsvorsorge**

ist die Kernaufgabe der Kommune. Deshalb gilt: Rekommunalisieren statt privatisieren – öffentliche Daseinsvorsorge erhalten. Antrag der Bundestagsfraktion: **Verursacher der Krise zur Kasse bitten - Neue Bankenabgabe einführen.**

Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE: **Den Staat Palästina anerkennen.**

Programmdebatte: Anfang Juli verabschiedete der Parteivorstand in überwältigender Mehrheit den **zweiten Programmentwurf.**

Aktuelles gibt es bei:



Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de
Passau: 0851 - 22 85 059, Klaus.Ernst@wk2.bundestag.de
Parteibüro Berlin: 030 - 24 00 95 30, Klaus.Ernst@die-linke.de

Internet

www.Klaus-Ernst-MdB.de

Klaus Ernst als druck erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.